

Hubert und Ingeborg Roß
Lilienthalstr. 19
95145 Oberkotzau

Bayerisches Staatsministerium
für Umwelt und Gesundheit
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Stellungnahme zur UVP, „Neue Kernkraftanlage am Standort Temelin einschließlich Ableitung der Generatorleistung in das Umspannwerk mit Schaltanlage Kocin“/ Frist 07.05.-18.06.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Übermittlung unserer Stellungnahme zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) über den geplanten Bau der Reaktoren 3 und 4 des Kernkraftwerkes Temelín - Verfahrensteil UVP-Gutachten - über das bayerische Umweltministerium an das tschechische Umweltministerium Ministerstvo Životního Prostředí (MŽP), 100 00 Praha 10 – Vršovice, Vršovická 65, Tschechische Republik und damit um die Geltendmachung unserer Rechte im Rahmen einer grenzüberschreitenden UVP. Darüber hinaus bitten wir um Information über die weiteren Verhandlungsergebnisse, insbesondere auch über Ort und Zeit der Öffentlichen Anhörung in Deutschland über die Anhörung in Budweis hinaus. Wir möchten grundsätzlich betonen, dass wir das Verfahren in der durchgeführten Form ablehnen, da eine Öffentliche Anhörung in Deutschland nicht vorgesehen ist und damit der, in der UN Aarhus-Konvention 3(9), ESPOO-Konvention 2(6) und in der Europäischen UVP-Richtlinie 85/337/EC, art. 7(5) vorgesehene „diskriminierungsfreien Zugang“ zu den Verfahren nicht gegeben ist. Die entsprechenden Gesetzestexte liegen dem MŽP vor.

Darüber hinaus nehmen wir zur Umweltverträglichkeitserklärung für den Ausbau des AKW Temelin, wie folgt Stellung: Nur die grenznahen Landratsämter (Cham, Freyung-Grafenau, Hof, Neustadt a. d. Waldnaab, Passau, Regen, Schwandorf, Tirschenreuth, Wunsiedel) und kreisfreien Städte (Hof, Passau und Weiden i. d. Oberpfalz) wurden von der Bayerischen Regierung beteiligt und über den Amtsweg informiert, ähnlich ist die Situation in Sachsen. Es fehlt die Beteiligung der Bevölkerung über den Amtsweg, es fehlt der verbindliche Anhörungstermin in der BRD. Wenn tschechische BürgerInnen einen Anhörungstermin in tschechischer Sprache und gut erreichbar bekommen, dann steht auch deutschen BürgerInnen – auch uns - ein verbindlicher Anhörungstermin in der Muttersprache zentral und gut erreichbar in Deutschland zu. Auch behinderte BürgerInnen müssen entsprechend der UN Bürgerrechtskonvention integriert werden. Es fehlen mindestens 45 Tage Frist wie schon im Jahre 2010, denn der UVP Bericht umfasst mehr als 2000 Seiten. Wie soll ein im normalen Leben stehender Mensch sich innerhalb 43 Tagen informieren? CEZ führt ein Blackbox Verfahren durch, ein geheimes Verfahren, der Reaktor wird erst am 02.Juli 2012 geheim entschieden, alle Unterlagen werden geheim bleiben. Wir können uns nicht informieren.

Die Konformität der Rechtslage in Tschechien und in Deutschland wurde im Vorfeld nicht mit den EU-Richtlinien bzw. der UN Aarhus Konvention und der Espoo Konvention überprüft. Dies muss zu einer Überprüfung und zu einem Vertragsverletzungsverfahren bei der EU-Kommission und vor Aarhus (ACCC) in Genf führen. Die UVP muss in Abstimmung mit geltendem internationalem Recht durchgeführt werden. Sie muss wiederholt werden. Menschen- und Bürgerrechte werden nicht gewährt. Wir konnten und können uns nicht umfassend informieren.

Bereits die Reaktoren Temelin 1+2 gefährden unser Leben und das unserer Familie. Tschernobyl hat das bewiesen. Und auch die High Tech Nation Japan hat Fukushima eindrucksvoll bewiesen, Atomkraft ist nicht beherrschbar. Bereits Temelin 1+2 wären in Deutschland wegen der nach 28.8 m NICHT getrennten Hochdruckdampfleitungen nicht genehmigungsfähig gewesen. Temelin 1 hat ein besonderes Sicherheitsrisiko direkt am Reaktor, er muss sofort abschalten werden. Seit Jahren liegt SUJB, CEZ und Tschechien die Greenpeace Dokumentation *The Risks of Skoda* von Jiri Tutter und Jan Haverkamp vor. Akte 15/2001/SUJB muss sofort veröffentlicht werden!

Tschechiens unabhängiger Gutachter hat die deutschen Einwendungen aus dem Jahre 2010 in unerträglicher Weise konterkariert. Die Stellungnahme von Greenpeace international, Verfasser Jan Haverkamp, ist vollinhaltlich in unsere Stellungnahme zu integrieren. Sie liegt dem MZP vor.

Wir sind nicht bereit mit unseren Leben und unserem Besitz für den Energieversorger CEZ zu haften. CEZ verdient mit Temelin Geld. Tschechien hat 300 Millionen Euro Nuklear-Haftpflicht. Fukushima hat nach Greenpeace Recherchen über 500 Milliarden Euro Schaden verursacht. Japan ist umgeben von Wasser und hat keine angrenzenden Nachbarn. Der Schaden wäre bei Temelin mitten in Europa sehr viel größer. Denn obwohl der große Teil der freigesetzten Radioaktivität Tokio nicht traf, waren 5 willkürlich gezogene Bodenproben in der 24 Millionen Stadt Tokio radioaktiver Sondermüll.

Tschechien kann die geplanten Reaktoren 3+4 nicht selbst finanzieren und will von der EU Subventionen. Folgekosten für Endlagerung sind nicht eingerechnet. Regenerative Energie wird in Tschechien völlig irrational abgeschafft.

Wenn der tschechische Energieversorger CEZ AKW bauen will, so muss er wirtschaftlich selbstständig den Bau und das volle Restrisiko finanzieren können. Oder er muss es lassen. Tepco in Japan konnte nichts finanzieren. Schäden an unserem Eigentum im Schadensfall müssen im Rahmen einer atomaren Haftpflicht von CEZ zu 100% abgedeckt werden. Das MZP muss das sicherstellen.

Mit freundlichen Grüßen,

Oberkotzau, 31.05.2012

Ort, Datum


Unterschrift